

Rassistischer Brandanschlag

Warum hat Deutschland Do Anh Lan vergessen?

1980 wurden zwei Vietnamesen in Hamburg Opfer eines rassistisch motivierten Brandanschlags. Bis heute kämpft die Mutter eines der Opfer für einen Gedenkort – erfolglos.

Von Vanessa Vu, Hamburg



Nur ein Familienaltar in Do Muis Wohnzimmer erinnert an ihren ermordeten Sohn Do Anh Lan.
© Vanessa Vu für ZEIT ONLINE

Rassismus ordnet unser Denken und Zusammenleben. Mit dem Schwerpunkt "Alltag Rassismus" wollen wir herausfinden, warum das so ist, was das für die Gesellschaft bedeutet und wie sich das verändern ließe. Mit einem Besuch bei der Rentnerin Do Mui wollen wir herausfinden, welche Folgen ein rassistisches Verbrechen auch noch Jahrzehnte später haben kann.

Wer sich in Do Muis Wohnung umblickt, sieht an fast jeder Wand Fotos von ihrem Sohn Do Anh Lan. Im hölzernen Wandschrank über dem Flachbildfernseher hat die Rentnerin ein Schwarz-Weiß-Porträt aufgestellt und links auf dem Familienaltar ein verblasstes Ganzkörperfoto: Sonnenbrille, Jeanshemd, Hände lässig auf die Hüften gestützt. Vor dem Foto: frisches Obst, Kekse und erloschene Räucherstäbchen. Do Anh Lan lebt nicht mehr, er starb vor 38 Jahren.

1980 wurden er und Zimmernachbar Nguyen Ngoc Chau Opfer eines Brandanschlags auf ihr Flüchtlingsheim. Es ist der erste dokumentierte rassistische Mord durch Deutsche an Ausländern in

der Bundesrepublik nach 1945. Und Do Mui von Räucherstäbchenrauch vergilbtes Wohnzimmer ist der einzige Ort, der an den jungen Mann erinnert.

Am 21. August 1980 waren Heinz Colditz, Sibylle Vorderbrügge und Raymund Hörnle mit dem Auto nach Hamburg gefahren. Die drei hatten sich in der Arztpraxis von Colditz kennengelernt, sie waren gut in der rechtsextremen Szene vernetzt und zählten sich zur Terrorzelle Deutsche Aktionsgruppe. Nun waren sie auf Deutschlandtour.

An einer Tankstelle kauften sie eine Zeitung, das *Hamburger Abendblatt*. Einer der Artikel beschrieb, wie sich einige Hamburger ärgerten über die Umsiedlung von 29 Asylbewerbern aus einem Heim in Fulda nach Hamburg. Der Sprecher des SPD-geführten Senats, Manfred Bissinger, sprach von einem "unmöglichen und auf Dauer unerträglichen Zustand". Die Stadt sei "schon mit 9.000 Asylbewerbern überlastet", stand dort weiter. Weil es nicht genug Einrichtungen für die Flüchtlinge gab, bezögen einige "auf Staatskosten in Hotels und Pensionen Quartier". Am Ende des Artikels stand auch die Adresse der provisorischen Unterkunft: Halskestraße.

Am nächsten Abend fuhren Colditz, Vorderbrügge und Hörnle mit drei Einliterflaschen voll Benzin und Putzwolle hin. Die brennenden Flaschen trafen das Zimmer von Nguyen Ngoc Chau und Do Anh Lan, die jungen Männer schliefen bereits. Nguyen Ngoc Chau stirbt noch am nächsten Morgen, Do Anh Lan erliegt seinen Verbrennungen neun Tage später im Krankenhaus. Am Morgen nach dem Anschlag steht auf der Fassade der Unterkunft in roter Farbe: "Ausländer raus!"

»Mein Sohn dachte, er sei in Deutschland sicher vor Bomben – und dann töteten sie ihn in Deutschland mit einer Bombe?«

–Do Mui

Do Mui erfuhr erst Wochen später vom Tod ihres damals 18-jährigen Sohnes. Er war wie Hunderttausende andere Menschen aus Südvietnam nach dem Krieg 1978 mit einem Boot aufs offene Meer geflohen – in der Hoffnung, dass vorbeiziehende Schiffe sie sehen und retten würden. Die meisten starben auf der Flucht, Do Anh Lan hatte Glück. Ein Schiff brachte ihn auf die malaysische Insel Pulau Bidong, von dort aus kam er dank eines Hilfsprogramms nach Deutschland. Das Land nahm die sogenannten Boatpeople wohlwollend auf. In Hamburg fand Do Anh Lan Paten, beziehungsweise fanden [Heribert und Gisela von Goldammer](#) ihn. Das Ehepaar hatte in der Zeitung von den ankommenden vietnamesischen Flüchtlingen gelesen und wollte helfen. Für die Mutter Do Mui, die in Saigon zurückgeblieben war, stellten die Goldammers einen Antrag auf Familiennachzug. Mui wartete auf positive Nachrichten aus Deutschland, auf die Erlaubnis, zu ihrem Sohn zu kommen.

Aber sie sollte ihn nicht mehr wiedersehen. "Freunde hatten mir einen Zeitungsartikel zum Brandanschlag vorgelesen", erinnert sich Do Mui, die zur chinesischen Minderheit gehört und die vietnamesische Schrift nicht beherrscht. Verstanden hatte sie die Nachricht trotzdem nicht. "Mein Sohn dachte, er sei in Deutschland sicher vor Bomben", sagt sie. Deutschland malten sie sich als ein Land aus, in dem er ein gutes, friedliches Leben führen könnte, und sie eines Tages vielleicht auch. "Und dann töteten sie ihn in Deutschland mit einer Bombe?" Nach der Nachricht wollte sie auch sterben. Stattdessen weinte sie.

Keine Entschuldigung, keine Entschädigung



Do Anh Lan nach seiner Ankunft in Deutschland 1980 © Vanessa Vu für ZEIT ONLINE

Auch vierzig Jahre später lässt sein Tod sie nicht los. Niemand habe sie darauf vorbereitet. Und: "Niemanden kümmert es", sagt sie.

Das Mitleid der Bundesregierung beschränkte sich darauf, ihr trotz seines Todes den Nachzug nach Deutschland zu gewähren. Keine Entschuldigung, keine Entschädigung, nicht mal eine Erklärung. Trotzdem ging Do Mui nach Deutschland. "Ich wollte verstehen", sagt sie. Verstehen, warum ihr Sohn sterben musste, und wo er starb. In Vietnam habe sie ohnehin nichts gehalten. Sie hatte dort keine Familie mehr und was sie mit dem Straßenverkauf von Klamotten verdiente, reichte kaum zum Überleben. "Wir wollten alle nur noch raus", sagt sie.

Do Mui rührt in ihrem Instantkaffee. Heute lebt die Frau ein bescheidenes Leben am Hamburger Stadtrand. Nach ihrer Ankunft in Deutschland arbeitete sie als Schneiderin, sie nähte Taschen und Rucksäcke. Die Sprache lernte sie nicht. "Ich hatte keine Kraft", sagt sie.

Anfangs habe sie nur geweint, und wenn sie über ihren Verlust sprechen wollte, sagten die Kolleginnen ihr, sie solle weniger reden und mehr arbeiten. So ging das bis zur Rente. Seither besucht sie tagsüber Ärzte und abends Freunde. Zu Hause sei es so still, da wolle sie nicht allein sein, "ich hab hier ja keine Kinder und Enkel wie alle anderen". In den vergangenen Wochen wurde zweimal bei ihr eingebrochen, die Diebe räumten ihre Wohnung noch leerer, als sie es bereits war.

Doch es ist nicht die kleine Rente oder das einsame Leben, das sie beklagt. Do Mui will nicht mehr allein trauern. Sie will einen öffentlichen Gedenkort für ihren Sohn.

Verbindungen zum NSU

"Die Türken bekommen doch auch Gedenkorte", sagt sie und meint die Opfer des NSU. "Uns geben sie nicht mal eine winzig kleine Gedenktafel." Ihr Sohn und sein Mitbewohner seien ja nicht einfach nur gestorben. Sie seien auch nicht bei irgendwelchen Streitereien ermordet worden. Sie wurden Opfer einer politischen und gesellschaftlichen Stimmung, die damals in Deutschland aufkochte – und die sich in den kommenden Jahrzehnten weiter entlud. Es gibt nämlich nicht nur abstrakte, ideologische Zusammenhänge zwischen den Tätern von 1980 und dem NSU.

Das Bindeglied zwischen den Fällen ist der Neonazi Manfred Roeder. Die Deutsche Aktionsgruppe, zu der sich die Mörder von Do Anh Lan und Nguyen Ngoc Chau zählten, wurde von Manfred Roeder mit aufgebaut. Roeder gilt als Vorbild für den späteren NSU: Als er in den Neunzigern wegen eines Farbanschlags auf eine Wehrmachtausstellung in Erfurt vor Gericht saß, nahmen auch Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Ralf Wohlleben und André K. am Prozess teil. Der V-Mann Tino Brandt soll ihnen mit Presseausweisen Zugang zum Gerichtssaal verschafft haben, das zeigen Recherchen von *tagesschau.de*. Später fanden Ermittler in der Wohnung der NSU-Terroristen eine Propagandaschrift von Roeder.

Das Schicksal der Familie Do ist also eng verwoben mit den rechtsextremen Akteuren der damaligen Zeit, es ist damit auch ein deutsches Schicksal. Das sieht aber kaum jemand so. Aktivisten hatten 2014 bei einer Gedenkveranstaltung ein Schild am Tatort, dem ehemaligen Flüchtlingsheim, angebracht, das heute ein Hotel ist. Kurze Zeit später nahm das Hotelpersonal das Schild wieder ab. Mit dem Fall wollten sie nichts zu tun haben, mehrere Anfragen von ZEIT ONLINE ließ die Geschäftsführung unbeantwortet.

Auch der Hamburger Senat will keinen öffentlichen Gedenkort. 2015 reichte eine Gedenkinitiative den Vorschlag ein, einen Teil der Halskestraße umzubenennen, zum Beispiel in Do-Nguyen-Straße. Der Senat lehnte den Vorschlag ab: Das Bezirksamt schrieb der Initiative: "Benennungen in fremder Sprache sind unzulässig, wenn die Schreibweise zu falscher Aussprache führen kann." In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Mai 2017 heißt es zudem, der bestehende Straßename gehöre zu den prägenden Namen im Stadtteil und sichere Orientierung und Auffindbarkeit. Außerdem habe sich der Hamburger Verein vietnamesischer Flüchtlinge von der Initiative distanziert und sich gegen die Umbenennung ausgesprochen.